

Schönburger Tageblatt

und Waldenburger Anzeiger

Erscheint werktägl. Nachm. Bezugspreis monatlich im voraus 150 R.-M. freibl., auschl. Trägerl. Einzelne Nr. 10 Reichspf., Sonntags-Nr. 20 R.-M. Anzeigenpreise: 6 gesp. Petitzeile 0,15 R.-M., v. außerhalb des Bezirkes 0,20 R.-M., 3 gesp. Retlamezeile 0,45 R.-M., Hinweise auf Anzeigen und Offertengebühr 0,20 R.-M., Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichte zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen. Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsvorleger-Bereins (G. V.) — Verlagsort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabebetrag erbeten Ausgabe nachmittags 1/3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Obergasse 38. Erfüllungsort Waldenburg. Filialen in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Esche; in Wollenburg bei Herrn Linus Friedemann; in Penig bei Firma Wilhelm Dahler; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Kirsten.

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik, Auslieferung, Maschinenbruch, Störungen im Betrieb der Druckerei oder unter Umständen, die der Verleger keinen Anspruch auf Erhalt der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Für Richtigkeit der durch Fernschreiber aufgegebenen Anzeigen übernimmt er keine Gewähr.

Zugleich weit verbreitet in den Ortschaften der Ständesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Rempe, Schlagwitz, Schwaben, Wolfenburg und Ziegelheim.

Nr. 216

Donnerstag, den 16. September 1926

48. Jahrgang.

Die Locarno-Verträge und Konventionen in Kraft getreten.

Amtlicher Teil.

Die für Donnerstag, den 16. September angelegte Verteilung in Reichsfindet nicht statt. Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Waldenburg, den 15. September 1926.

Reichspräsident von Hindenburg nahm gestern den Vortrag des Reichstanzlers Marx über die Genfer Tagung entgegen.

Der Reichsfinanzminister Dr. Reinhold wird während seines Urlaubs durch Staatssekretär Dr. Popitz vertreten werden.

Reichswehrminister Dr. Gessler ist im Mandbergelände bei Kyritz eingetroffen.

Die Ratifikationsurkunden der Locarno-Verträge wurden gestern beim Völkerbundsekretariat hinterlegt.

Der Gemeinderat hat gestern den Antrag des preussischen Landtags auf Zustimmung zum Locarno-Vertrag abgelehnt.

Die Zahl der Typhusfälle in Hannover hat sich auf über 1000 erhöht.

Wegen des Attentats auf Mussolini wurden 350 Personen verhaftet.

In Spanien wurden die rebellierenden Artillerie-Offiziere zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt.

In Portugal fand wieder ein Militärputsch statt.

Der englisch-chinesische Zwischenfall wurde friedlich beigelegt.

Der Emir von Afghanistan hat den Kaisertitel angenommen.

Waldenburg, 15. September 1926.

Durch die Industrietagung in Dresden einerseits und den deutschnationalen Parteitag in Köln andererseits ist die Frage einer Regierungsumbildung aufs neue in den Vordergrund gerückt worden. In Dresden richtete Dr. Silberberg an die Sozialdemokratie die klare Aufforderung, in die Regierung einzutreten, die dadurch dann zur „Großen Koalition“ erweitert werden würde. Andererseits erklärte in Köln die Deutsch-nationale Volkspartei ihre Bereitschaft, die Verantwortung für die Regierung mit zu übernehmen. Um die Voraussetzungen hierfür zu schaffen, hat sich die Partei auch bereit erklärt, den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund als eine gegebene Tatsache hinzunehmen, d. h. also, ihre eigenen politischen Ziele künftig im Rahmen der Völkerbundspolitik verfolgen zu wollen.

Von Regierungsseite ist bisher zu beiden Angeboten noch keine Stellung genommen worden. Es lag dazu vielleicht auch keine Veranlassung vor, weil die Frage einer Regierungsumbildung doch erst nach dem Wiederzusammentritt des Reichstags zur Debatte gestellt werden kann; und auch dann besteht zunächst noch die Möglichkeit, mit wechselnden Mehrheiten weiter zu regieren. Die Zeit während der Genfer Verhandlungen erscheint überdies besonders ungeeignet, diese Frage aufzurollen, wenn auch andererseits gerade der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund die Bildung einer Mehrheitsregierung, die von Zufälligkeiten unabhängig ist, besonders wünschenswert erscheinen läßt.

Es handelt sich zunächst also um mehr akademische Erörterungen, die aber zur Klärung der Lage unvermeidlich sind. Von Bedeutung ist es deshalb, daß auf die Ausführungen Dr. Silberbergs, die an sich ja nur einen privaten Charakter trugen, von Gewerkschaftsseite geantwortet worden ist. Ein Vertreter des „Vorwärts“ hatte mit dem Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Leipart, eine Unterredung, in der sich Leipart in bemerkenswerter Weise zu der Frage geäußert hat. Auf die Frage, wie das Bekenntnis der Unternehmer zur Republik und die Anerkennung der Arbeiterrechte im Staate zu beurteilen seien, antwortete Leipart:

„Nach meiner Kenntnis der führenden Personen im Reichsverband der deutschen Industrie glaube ich nicht, daß ihr Bekenntnis zur Republik nur ein taktischer Schachzug ist. Herr Silberberg hat in seiner Rede mehrfach betont, daß sich bei den Unternehmern eine „Wandlung der Geister“ vollzogen habe, und daß

sie die feste Einstellung zum jetzigen Staat „nach schweren inneren Kämpfen“ gewonnen hätten. Ob diese Wandlung schon endgültig abgeschlossen ist, weiß ich freilich nicht. Aber ich glaube doch, daß die Erklärungen, die Herr Silberberg im Auftrage des Gesamtverbandes der Industriellen in Dresden abgegeben hat, der Ausdruck einer inneren Ueberzeugung sind. Daß diese Ueberzeugung von der Einsicht in die vorhandenen Machtverhältnisse eingegeben ist, scheint mir allerdings nicht zweifelhaft. Der Einfluß der Arbeiterschaft in Staat und Wirtschaft ist zu stark geworden, als daß die Unternehmer ihn noch leugnen oder gar wieder beseitigen könnten. Ebenso ist die deutsche Republik schon so gefestigt, daß man wirklich auch von den Unternehmern ihre Anerkennung endlich erwarten dürfte.“ Allerdings erwartet Leipart noch weitere verfassungsrechtliche Klärungen.

Ueber die Möglichkeit eines Eintritts der Sozialdemokratie in die Regierung erklärte dann Leipart: „Ich verrate kein Geheimnis mehr, wenn ich auf die Frage offen erkläre, daß die verantwortlichen Führer der Gewerkschaften in ihrer überwiegenden Mehrheit für die praktische Mitarbeit in der Regierung sind. Wir haben die Ueberzeugung, daß es möglich ist, die berechtigten Ansprüche der Arbeiterschaft durch Beteiligung an der Regierung und direkte Einflußnahme auf die Regierungsmaßnahmen erfolgreicher wahrzunehmen, als durch Beharrung in der Opposition. Die Entscheidung über diese Frage hat jedoch die Sozialdemokratische Partei zu treffen.“

Es bleibt abzuwarten, wie weit die zunächst rein theoretischen Erklärungen Dr. Silberbergs und Leiparts zu praktischen Folgerungen führen werden. Leipart selbst hat ja keinen Zweifel darüber gelassen, daß nicht die Gewerkschaften, sondern die Sozialdemokratische Partei die Entscheidung zu treffen hat. Für diese werden aber stets auch noch andere Rücksichten, insbesondere wahltaktischer Art, maßgebend bleiben. Vor allem aber bedeutet eine theoretische Bereitschaftserklärung zur Zusammenarbeit noch lange keine Einigung über die mancherlei Fragen der praktischen Politik, die in der nächsten Zeit der Lösung harren.

Die Kontrolle des Waffenhandels.

Die dritte Kommission der Völkerbundsversammlung befaßte sich am Montag mit der Kontrolle der privaten Waffenherstellung und der Kontrolle des internationalen Waffenhandels. In der Aussprache gab der deutsche Delegierte, Graf Bernstorff, eine Erklärung ab, in der die deutsche Regierung ihre Bereitwilligkeit feststellte, an der Kontrolle der privaten Waffenherstellung u. des internationalen Waffenhandels aktiv mitzuwirken. Er wies jedoch darauf hin, daß diese Frage seiner Ansicht nach in den Rahmen der allgemeinen Abrüstungsfrage eingegliedert werden müßte. Es sei unzweckmäßig, eine besondere Konferenz für die Kontrolle der privaten Waffenherstellung und des privaten Waffenhandels abzuhalten, da dieses Problem endgültig doch nur im Zusammenhang mit dem großen Abrüstungsproblem gelöst werden könne.

Hierauf ergriff der französische Delegierte, Paul Boncour, das Wort, der sich in längeren Ausführungen der Auffassung des Grafen Bernstorff anschloß. Er betonte, es müsse eine allgemeine Konferenz einberufen werden, auf der eine allgemeine Konvention für die Abrüstung abgeschlossen würde, die die Kontrolle der privaten Waffenherstellung und des internationalen Waffenhandels einschloße. Paul Boncour betonte weiter, daß diese Frage eine der Hauptaufgaben des Völkerbundes sei. Er habe den festen Glauben, daß dieses Problem gelöst werden könnte. Sollte der Völkerbund hierbei keinen Erfolg haben, so würde das einen schweren Prestigeverlust für ihn bedeuten.

Es wurde dann eine Entschließung angenommen, die von Paul Boncour und Jouhaux vorgelegt worden war. Darin wird gefordert, daß die Kontrolle der privaten Waffenherstellung in das Programm der großen Abrüstungskonferenz aufgenommen werden soll. Sollte diese jedoch nicht vor der achten Völkerbundsversammlung im September nächsten Jahres zusammengetreten, so soll eine besondere Konferenz zur Prüfung

dieser Fragen einberufen werden. In der Entschließung wird ferner darauf hingewiesen, daß die Kontrolle über den internationalen Waffenhandel bisher nur von einem einzigen der Signatarstaaten dieser Konvention ratifiziert worden sei, und daß es unbedingt erforderlich wäre, daß diese Konvention nunmehr auch von den übrigen Signatarstaaten ratifiziert würde. Ferner wird in der Entschließung darauf hingewiesen, daß zwischen dem Problem der privaten Waffenherstellung und dem gesamten Problem der Abrüstung, das gegenwärtig von der vorbereitenden Abrüstungskommission behandelt wird, eine enge Verbindung besteht.

Inkraftsetzung des Locarnopaktes.

Die Urkunden im Völkerbundsekretariat hinterlegt.

Am Dienstag vormittag um 11 Uhr fand im Völkerbundsekretariat die feierliche Hinterlegung der Ratifikationsurkunden der Locarno-Verträge durch die ersten Delegierten der am Locarno-Abkommen beteiligten Mächte statt. Deutschland war durch Dr. Stresemann vertreten.

Damit sind die Locarno-Verträge endgültig in Kraft gesetzt worden. Nach den Erklärungen Briands und Chamberlains auf der Märztagung des Völkerbundes sollten sie allerdings schon seit dieser Tagung als rechtsverbindlich gelten, weil es nicht Deutschlands Schuld war, wenn es damals nicht in den Völkerbund aufgenommen wurde.

Keine Amnestie für Separatisten.

Einzelheiten zum Befriedungsabkommen. Zu dem Befriedungsabkommen mit der Rheinlandskommission werden noch folgende Einzelheiten bekannt:

Was die Separatisten angeht, so bleibt die Verfolgung wegen Hochverrats, Landesverrats und Spionage der deutschen Behörden ausdrücklich vorbehalten. Die deutschen Behörden sind also in ihrem Vorrecht gegen die eigentlichen Separatisten-Untriebe nicht behindert.

Eine große Anzahl von Fällen dürfte jedoch durch das Londoner Schlußabkommen vom August 1924, das eine vollständige gegenseitige Amnestie im besetzten Gebiet vorsah, erledigt sein. Ernsthaftige Separatisten-Untriebe sind seitdem nicht mehr erfolgt. Die Befehlsgewalt der deutschen Behörden werden sich jedoch eine gewisse Sicherheit gegen die Verfolgung derjenigen Personen vorbehalten, die als Lieferanten, Zuträger von Informationen und gesellschaftlich mit den Befehlsgewalt in Verbindung standen. Die Abmachungen über die Behandlung der Delikte werden sich praktisch so auswirken, daß politische Gefangene im Sinne des Ruhrkampfes überhaupt nicht in Frage kommen, da diese bereits durch das Londoner Abkommen vom August 1924 befreit worden sind.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

In seiner am Sonntag auf dem schwäbischen Katholikentag in Rempten gehaltenen Rede sprach Ministerpräsident Dr. Held auch über das Völkerbundsproblem. Er sagte hierbei: Ich bekenne mich als Anhänger des Völkerbundes, aber nicht eines Völkerbundes, der in der Verfolgung einseitiger Interessen niemals das erfüllen kann, was sein Name sagt. Ich bekenne mich als Anhänger des Pazifismus, aber nicht eines solchen, der die Interessen des Vaterlandes und der Nation völlig aus dem Auge läßt. Verschwommene internationale pazifistische Anschauungen und darauf die ruhenden Auslassungen über den Völkerbund, wie sie heute vielfach geübt werden, können niemals die Billigung des deutschen Volkes finden. Als Christ und als Deutscher muß man fordern, daß der Völkerbund nicht zum Werkzeug der Staaten gemacht werde, die man einst Siegerstaaten nannte. Was wir fordern, das ist ein Unionsbund, eine wirkliche Gemeinschaft der Völker. Der Vertrag von Versailles raubt aber